

Die Linke, Stadtratsgruppe, Am Bachl 16, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 01.02.2021

Telefon (0171) 3 65 95 99

Telefax

E-Mail info@bulling-schroeter.de

Sicherer Hafen Ingolstadt

- Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 01.02.2021 -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Ingolstadt unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik (davon 20 in Bayern), die Initiative Seebrücke - Schafft sichere Häfen. In diesem Kontext gibt sich die Stadt Ingolstadt den Titel Sicherer Hafen für Geflüchtete. Dies bedeutet folgendes:

1. Aufnahme von Geflohenen: Die Stadt Ingolstadt stellt eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen die in den Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Konkret erklärt sich die Stadt Ingolstadt bereit, 100 Menschen zusätzlich zu den regulär aufzunehmenden Geflohenen Schutz zu bieten.
2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung: Die Stadt Ingolstadt positioniert sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Außerdem beteiligt sie sich an einer Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff.
3. Unterstützung für Aufnahmeprogramme: Die Stadt Ingolstadt begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an (diese übersteigen aber nicht die unter 1. definierte Zahl).
Dementsprechend fordert die Stadt Ingolstadt die Regierung des Freistaates auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflohene gemäß § 23 Absatz 1

Aufenthaltsgesetz einzuführen und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.

4. Solidarische Kommune: Die Stadt Ingolstadt tritt für Bleibeperspektiven ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen ein. Sie ist nicht nur sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

5. Kommunales Ankommen gewährleisten: Die Stadt Ingolstadt sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.

6. Überkommunale Vernetzung: Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.

7. Transparenz: Die Stadt Ingolstadt veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicheren Hafen wird. Außerdem informiert sie alle ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.

Begründung:

In ihrem gesamteuropäischen, demokratischen Verständnis muss die Stadt Ingolstadt zeigen: Abschottung und Menschenrechtsverletzungen sind für sie keine legitimen politischen Mittel. Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter_innen müssen umgehend beendet werden. Es wird Zeit, dass die europäische Staatengemeinschaft ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht wird. Es darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der libyschen Küstenwache verlassen werden, genauso wenig ist der Tod weiterer Menschen akzeptabel. Auch die katastrophalen Bedingungen in den Lagern an deneuropäischen Außengrenzen erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Diesen Ansprüchen muss die Stadt Ingolstadt als vorletzte der bayerischen Großstädte gerecht werden und sich dementsprechend dem Bündnis der Sicheren Häfen anschließen.

2. (2) ist zu verstehen als Fortführung der in der letzten Legislatur beschlossenen Solidarisierung mit dem Schiff Alan Kurdi. Da diese Bindung diesen Februar ausläuft, kann hier der Stadtrat erneut seine Solidarität ausdrücken und etwaige coronabedingt ausgefallene Aktionen und Spendenaufrufe aus dem letzten Jahr nachholen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva Bulling-Schröter

gez. Christian-Linus Pauling